



Mittheilungen der Breslauer Zeitung. — Verleihung der Breslauer Zeitung. — Anzeigen für den Raum einer jährlichen Zeit-Zeitung 20 Pf. Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 468. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 6. October 1880.

Nationalliberale und unabhängige Liberale.

Unser Berliner Correspondent schreibt:

Als am 19. September in Hannover die große Parteiversammlung stattfand, welche über die Secession ihr Urtheil fällte, war es in hohem Grade auffällig, daß die Rede, welche der Abgeordnete Götting aus Hildesheim hielt, in den Berichten so außerordentlich kümmerlich behandelt wurde. Ein Versuch Göttings, das was er gesagt, durch eine Zuschrift an den „Hannoverschen Courier“ richtig zu stellen, scheiterte gleichfalls, denn dies Blatt verstummelte seine Zuschrift, wie es seine Rede verstummelt hatte. Nun giebt Götting in einem Hildesheimer Localblatt Auskunft über das, was er gesagt hat; er hat seine Genugthuung darüber ausgesprochen, daß das tacitlose Vor gehen einiger Blätter, welche die hochachtbaren Männer, die die Secession-Eklärung unterschrieben, mit Schmuz bewarfen, in der Versammlung keine Nachahmung gefunden habe.

Ein anderer Abgeordneter Hannovers hat privatim die Erklärung abgegeben, daß er durchaus auf dem Standpunkt der Secessionisten stehe. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Berathung der hannoverschen Kreisordnung wünsche er keine Spaltung der hannoverschen Abgeordneten; er würde aber trotzdem aus der Fraction austreten, wenn dieselbe ein Tadelvotum gegen die Secessionisten beschließe.

Diese beiden Vorgänge zeigen, wie falsch es ist, wenn man die hannoversche Versammlung als ein vernichtendes Gottesgericht über die Secessionisten darstellt. Die Dinge liegen vielmehr so, und neuerdings haben Zusammenkünfte in Leipzig und Halle es bestätigt, daß von den in der Fraction zurückgebliebenen ein sehr großer Theil sachlich durchaus auf dem secessionistischen Standpunkt steht und nur zu dem formalen Act des Austritts den Mut nicht hat gewinnen können. Bei dem nächsten Anlaß, wo die nationalliberale Partei wieder solchen Fehlgriff begeht, wie die Annahme der Kirchenpolitischen Vorlage, ist eine Fortpflanzung der Bewegung, zu welcher nun einmal der Anstoß gegeben worden, unvermeidlich. Die, welche meinen, mit dem Ausscheiden von 28 Mitgliedern sei die Sache beendet, werden gründlich enttäuscht werden.

Im Anschluß an die Erörterungen dieses Correspondenten thellen wir mit, daß eine zahlreich aus der Stadt Königsberg und der Provinz Ostpreußen besuchte liberale Versammlung zu Königsberg in Preußen, an welcher auch frühere nationalliberale Reichstags- und Landtagsabgeordnete, die Herren Neumann-Poegnitz, Nösel-Gerau und Siegfried Kirschnehn teilnahmen, nachdem die Abgeordneten Kieschke-Königsberg, Rickert und Witte-Rostock gesprochen, einstimmig folgende Resolution beschlossen hat:

Indem die Versammlung den Austritt der 28 Abgeordneten aus der nationalliberalen Partei als durch die veränderte Haltung der Regierung gerechtfertigt und als förderlich für die Interessen der liberalen Sache und des Vaterlandes erachtet, spricht sie den ausgeschiedenen Abgeordneten ihr fortwährendes Vertrauen und zugleich die Hoffnung aus, daß sich aus der gegenwärtigen Bewegung eine große liberale Partei entwickeln möchte, in welcher alle wahrhaft liberalen und national gesinnten Elemente Platz finden.

Die „L. C.“ weist auf die Bedeutung hin, welche Ostpreußen, die Wiege der nationalen Bewegung von 1813, eins der Gebiete, in denen am frühesten und entschlossensten die Forderung einer konstitutionellen Verfassung erhoben wurde, dessen Abgeordnete dann wieder gegen die Nichtachtung verfassungsmäßiger Rechte die Fraction Jung-Lithauen begründeten, für die freiheitliche und nationale Entwicklung gehabt hat. Jetzt, wo es gilt, dem Ansturm gegen die Reformgefege gebung von 1866—71 auf allen Gebieten entgegenzutreten, wird dort die von 28 aus der nationalliberalen Partei Geschiedenen gegebene Lösung einstmäßig auch von solchen, die innerhalb der nationalliberalen Partei weit rechts gestanden, aufgenommen: Einigkeit aller liberalen Elemente. Wird diese Mahnung befolgt, erkennen die Liberalen, daß die Unterschiede in der Auffassung einzelner Fragen vor der Notwendigkeit in den Hintergrund treten müssen, unabdingig gegenüber der Regierung wie gegenüber Conservativen und Ultramontanen dazustehen, so kann der Erfolg auf die Dauer nicht ausbleiben. Der Reichskanzler, der, wenn auch schweren Herzens, die Bedingungen des modernen konstitutionellen Staatsbaues anerkennt, würde sich einer liberalen Mehrheit gegenüber in die Notwendigkeit führen, in der inneren Politik liberalen Anschauungen zu folgen, wie er es bis zu einem gewissen Grade noch vor wenigen Jahren gethan. Eine liberale Mehrheit ist das Ziel, auf dessen Errreichung alle intelligenten und thatkräftigen Vertreter des deutschen Mittelstandes in Stadt und Land im Einverständnis mit den aus der nationalliberalen Partei Ausgetretenen hinarbeiten müssen. Nur so kann die seit 1877 auf den meisten Gebieten unterbrochene Entwicklung zur Freiheit und Einheit zu einem geisthaften Abschluß gelangen.

Deutschland.

Berlin, 5. October. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Ober-Landesgerichts-Rath Bäckle in Posen in gleicher Amtseigenschaft an das Ober-Landesgericht in Breslau versetzt.

Berlin, 5. Oct. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am Sonnabend Mittag den Vortrag der 4. Armee-Inspektion entgegen.

[Se. Königliche Hoheit der Prinz Wilhelm] hat sich in Begleitung seines militärischen Begleiters, des Majors v. Liebenau, heute Mittag zu mehrtagigem Besuch nach Primkenau in Schlesien begeben. (R.-Anz.)

= Berlin, 5. Oct. [Bistumsverweser Kübel beim Kaiser. — Zur Einberufung des Bundesrates. — Fürst Bismarck. — Prinz Heinrich.] Das Erscheinen des badischen Bistumsverwesers Kübel bei den Kaiserlichen Majestäten in Baden-Baden wird angeblich der obwaltenden Verhältnisse des Augenblicks sehr lebhaft hier besprochen.

Eine solche Begründung hat in früheren Jahren nicht stattgefunden, und man bringt daher den Vorgang mit der Kölner Domäne in Verbindung. Die Frage, ob die römische Curie die Haltung des Centrums dem Domänenfest gegenüber vollständig decke, ist bekanntlich eine durchaus noch offene und bislang eben so häufig besetzte als be-

stritten worden. Man will nun den Kübel'schen Besuch in Baden-Baden im Sinne eines entgegenkommenden Schrittes der Curie auseinanderlegen. Wie weit das richtig ist, wird sich zu zeigen haben. That-sächlich hat die sehr versöhnliche Stimmung der diesseitigen Regierung durch die Vorgänge auf der Versammlung zu Münster eine unverfehlbare Beeinträchtigung erfahren. Die Verstimming gegen das Centrum ist auch in jenen Kreisen jetzt hervorgetreten, in welchen grade in der letzten Zeit die Hoffnung auf eine Beilegung des Kulturkampfes am lautesten gefaßt worden war. — Wenn an den Termin zur Berufung des Bundesrates mit dem 20. d. M. die Vermuthung geknüpft worden, daß hierin ein Grund für die besondere Wichtigkeit der Arbeiten für den Reichstag zu erblicken wäre, so ist darauf hinzuweisen, daß die Bundesrats-Arbeiten in allen früheren Jahren dieselbe Zeit und minuter sogar noch früher begonnen haben. Wie wir hören und auch früher bereits andeuten konnten, hat der Bundesrattheils noch erhebliches Material aus der letzten Session, theils aber auch eine Anzahl von Ausführungsbestimmungen abzuwickeln, welcher, auch abgesehen von den legislatorischen Arbeiten, seine volle Thätigkeit in Anspruch nehmen werden. — Die Annahme, daß der Reichskanzler sich an den einleitenden Arbeiten des Bundesrates beteiligen werde, wird in allen unterrichteten Kreisen als völlig irrtümlich bezeichnet. — Es darf als sicher angenommen werden, daß der Kaiser den lebhaften Wunsch geäußert hat, den Fürsten Bismarck bei dem Domänenfest in Köln anwesend zu sehen. Aus Kreisen, welche dem Fürsten nahestehen, verlautete noch bis vor wenigen Tagen, der Fürst selber hege den Wunsch, nach Köln zu kommen; wenn jetzt nur das Gegenteil gemeldet wird, so wird die Bestätigung doch noch abzuwarten sein, obwohl man weiß, daß der Fürst genehmigt ist, auf seinen schwankenden Gesundheitszustand Rücksicht zu nehmen. — Die Seefahrt-Prüfung, welcher sich der Prinz Heinrich augenblicklich in Kiel zu unterziehen hat, geht morgen Nachmittag zu Ende. Prinz Heinrich trifft Donnerstag früh 6 Uhr hier ein und reist sofort nach Potsdam weiter. In den nächsten Tagen begiebt sich der Prinz zu den Majestäten nach Baden.

○ Berlin, 5. October. [Die Frage der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig und Hamburg. — Besetzung des Oberpräsidiums in Schleswig-Holstein.] Offiziell wird geschrieben: In Bezug auf die Frage des kleinen Belagerungszustandes für Leipzig und Hamburg wollen wir daran erinnern, daß bei den Berathungen über das Socialistengesetz der Minister Graf Eulenburg hervorgehoben hat, daß allerdings auch außerhalb Berlins Herde der socialdemokratischen Bewegung in Deutschland vorhanden seien, in denen einstmals die Verhältnisse sich so zuspielen könnten, daß in der That keine andere Hilfe vorhanden sei, als die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes. Der Redner wies aber zugleich die Unterstellung zurück, als würde die preußische Regierung eventuell eine Pression auf eine verbündete Regierung ausüben; sie würde höchstens im Fall der Dringlichkeit diese Regierung aufmerksam machen, nicht aber im Sinne einer Pression, welche der preußischen Regierung bei ihrer Stellung innerhalb des Reichs durchaus fern liege. Neuerdings ist nun diese Frage in Folge des Verhaltens und der Beschlüsse der Socialdemokraten in der Zürcher Versammlung und durch die dort ausgesprochenen Drohungen von Neuem angeregt worden; daß dabei eine Pression auf die bezüglichen Regierungen nicht geübt worden ist, haben schon anderweitige Nachrichten dargethan. — Ueber die Besetzung des Oberpräsidiums in Schleswig-Holstein sind die Nachrichten jedenfalls voreilig; daß dabei auch der frühere Finanzminister Hobrecht in Betracht gekommen sei, ist jedenfalls irrtümlich.

○ Berlin, 5. Octbr. [Die Kreisordnung für Hannover. — Das Project der Arbeiter-Versicherung. — Forckenbeck.] Heute war hier das Gericht verbreitet, die Hannoversche Kreisordnung werde nicht an den Landtag gelangen; Fürst Bismarck, der sich bisher um den Gang der Verwaltungsgesetzgebung wenig gekümmert, habe sich dieselbe angesehen und gefunden, daß sie zu liberal ist. Nach den Erkundigungen, die ich eingezogen habe, halte ich das Gericht für unrichtig; aber es ist erfunden innerhalb der Grenzen des Wahrscheinlichen. Fürst Bismarck hat den Grafen Eulenburg in seiner gezeigter Thätigkeit bisher nicht gestört, aber Freude hat er an derselben nicht. Graf Eulenburg ist neben den beiden Militärs der einzige unter den Ministern, welcher dem Fürsten Bismarck gegenüber eine selbständige Meinung hat; die kleinen Minister haben längst dem entagt, dem Fürsten gegenüber ihre eigenen Ziele und Meinungen zu verfolgen und sind freiwillig zu dem Range von Staatssekretären herabgestiegen. Graf Eulenburg hat einen bestimmten Plan und verfährt nach demselben; obwohl ein streng conservativer Mann, ist er doch von der Notwendigkeit durchdrungen, die Verwaltungsreform durchzuführen und setzt seinen Thürgeiz darein, dazu mitzuholen. Sein Weiter, Graf Friedrich Eulenburg, wurde mittin in der besten Arbeit unterbrochen; man muß abwarten, ob es dem gegenwärtigen Minister besser ergehen wird. — Ueber den Plan der Arbeiterversicherung hört man noch nichts Neues. Ein hiesiger Großindustrieller fragte mich kürzlich, ob ich schon gehört habe, daß den Arbeitern eine Altersversicherung gewährt werden soll, ohne daß sie selbst einen Pfennig zu den Prämien beizutragen haben. Ich fasse die Frage nur als einen Beleg dafür auf, was man sich schon gewöhnt hat, als möglich in das Auge zu fassen. Ich für mein Theil hätte mich sehr wohl, irgend etwas als schlechthin unmöglich zu bezeichnen. Ich war noch vor zwei Jahren fest überzeugt, daß es absolut unmöglich sei, in Deutschland jemals an die Einführung von Kornzöllen zu denken, und habe mich inzwischen eines Besseren überzeugt. — Oberbürgermeister von Forckenbeck hat von der Stadt Köln eine Einladung zum Domänenfest erhalten und wird voraussichtlich bei dem Oberbürgermeister Becker wohnen.

[Der Posten des Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein.] Der „Köln. Tag.“ schreibt man aus Berlin: Die Nachricht, daß der Graf von Rantzau, der Schwiegersohn des Reichskanzlers, zum Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein ausersehen sei, ist unrichtig und wahrscheinlich aus einer Verwechslung mit dem dortigen Landtagsvorsteher, Grafen Rantzau, entstanden, von welchem in Schleswig-Holstein gewünscht wurde, daß er die erledigte Oberpräsidentenstelle erhielte.

[Vertrauens-Kundgebung für Forckenbeck.] Dem Abgeordneten von Forckenbeck ist aus Letzma im Wahlkreis Altena-Ferlohn eine warme Zustimmungs-Erläuterung zugegangen.

[Die Angelegenheit des Arnim'schen Strafausschusses.] Wie das „Berl. Tagebl.“ hört, hat Graf Harry Arnim sich auch bei der Abweisung seines Gesuchs um Strafausschuß durch das Berliner Landgericht nicht beruhigt. Dasselbe hatte die ablehnende Entscheidung hauptsächlich damit motiviert, daß der schlimme körperliche Zustand des Grafen, um glaubhaft nachgewiesen zu erscheinen, nicht von Privatärzten, sondern von Berliner Gerichtsarzten bezeugt sein mühte. In Folge dessen hat Graf Arnim sich vor dem Gerichtsrat Geheimen Sanitäts-Rath Dr. Liman neuwärts im Auslande untersuchen lassen und dessen mit den früheren ärztlichen Gutachten übereinstimmendes Attest, wonach eine Gefangenhal tung in dem vorliegenden Falle lebensgefährlich wäre, dem Staatsanwalt mit einem neuen Autrag auf Ausschuß der Strafvollstreckung überlassen lassen.

Barmen-Erberfeld, 3. Octbr. [Weiter Rheinisch-Westfälischer Parteitag der deutschen Fortschrittspartei.] Der diesjährige Parteitag der deutschen Fortschrittspartei Rheinlands und Westfalens begann heute mit einer Delegierten-Versammlung. Die Verhandlungen wurden von dem Stadtvorsteher R. Kayser (Erberfeld) geleitet. In das Bureau wurden gewählt: Dr. Witt (Barmen), Rechtsanwalt Lindenschmidt (Erberfeld) zu Schriftführern; Kaufmann Julius Funke (Hagen), Justizrat May (Hörde), Kaufmann J. Kistler (Köln), Oberlehrer Meunier (Lennep), Fabrikant Lüffermann (Barmen), F. Brodhaus (Remscheid) und Rechtsanwalt Lenizmann (Eduardscheid) zu Beiräten.

Anwesend waren ca. 70 Delegierte. Folgende Resolutionen fanden fast durchweg einstimmig Annahme:

1) Die deutsche Fortschrittspartei von Rheinland-Westfalen billigt vollständig die seitige Haltung der Reichstags- und Landtags-Abgeordneten der Fortschrittspartei, insbesondere ihre Wirklichkeit in standhafter Vertheidigung unserer freiheitlichen Errungenheiten und kräftiger Abwehr der immer offener hervortretenden Bestrebungen der Reaction, sie vertraut fest, daß die fortgeschrittenen Abgeordneten auf dem bisherigen Wege beibehalten, die auf dem Gebiete der öffentlichen Freiheit mitham errungenen Güter wahren und einer kräftigen Entwicklung entgegenführen werden.

2) Die deutsche Fortschrittspartei von Rheinland-Westfalen erachtet es für ihre wichtigste Aufgabe, bei den nächsten Reichstagswahlen dahin zu wirken, daß Männer gewählt werden, welche den festen Willen haben, der rückwärtigen Bewegung kräftigen Widerstand entgegenzustellen, der fortgesetzten Steigerung der Militärlasten und der Vermehrung der Steuern, insbesondere auch der weiteren Belastung der Tabakindustrie und des Brauereigewerbes Einhalt zu thun, auf Erleichterung der Rechtspflege durch Ermäßigung der Prozeß Kosten hinzuwirken und dafür wirken wollen, daß der gesammelten Geschäftswelt wieder Ruhe und Sicherheit gegen die unablässige auftauchenden Projekte von Monopolen, Steuern und anderen wirtschaftlichen Umgestaltungen zurückgegeben werde.

3) Die Fortschrittspartei von Rheinland-Westfalen tritt denjenigen Bestrebungen entsgegen, durch welche die Steuerlast mittels neuer Brauchabgaben und Zölle unter Vertheuerung des Lebensmittel vorwiegend zum Nachteil der ärmeren Klasse verschoben, und dem Arbeiter, Handwerker und kleineren Landwirth durch Zwangseinrichtungen aller Art, durch Wiederherstellung zünftlicher Beschränkungen, Einschränkung der Wechselseitigkeit &c. das gleiche Recht mit dem Großbetrieb verkümmert und die wirtschaftliche und politische Freiheit beeinträchtigt wird.

4) Der von dem handelsmäßigen Fürsten Bismarck in Aussicht genommene volkswirtschaftliche Senat erscheint dem rheinisch-westfälischen Parteitag der deutschen Fortschrittspartei als eine ebenso überflüssige, wie einseitige Interessenvertretung der Unternehmer, geeignet vorzugsweise die Sonderinteressen des Großbetriebs und des Großgrundbesitzes zur Geltung zu bringen und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers dem Reichstage gegenüber noch weiter abzuschwächen.

5) Um diese Ziele zu erreichen, ist dahin zu wirken, daß in den verschiedenen Orten Rheinlands und Westfalens, wo bereits Vereine der deutschen Fortschrittspartei bestehen, auf Vermehrung der Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Kreisen seit Bevölkerung genommen, und an Orten, wo Vereine noch nicht bestehen, nach Möglichkeit die Gründung solcher angestrebt werden. Die Beteiligung der Vereine als liberal gestaltet gegenwärtig mehr als je den verschiedenartigsten und geradezu entgegengesetzten Richtungen die Annahme; es empfiehlt sich deshalb im Interesse der Sammlung zuverlässiger Parteigenossen und des engeren Anschlusses an die parlamentarische Partei die Bildung von Vereinen der Fortschrittspartei auch dort, wo liberale Vereine bestehen und in Vereine der Fortschrittspartei nicht umgewandelt werden können.

Die Nachmittags 3 Uhr auf dem Johannesberg stattfindende öffentliche Parteiversammlung war aus allen Theilen der beiden Provinzen besucht; die Zahl der Anwesenden wird mit 2000 nicht zu hoch veranschlagt sein. Nach Bildung des Bureaus und der Begrüßung der Versammlung hielt Eugen Richter eine längere, mit grossem Beifall aufgenommene Rede, worin er die allgemeine politische Lage, die Stellung der Parteien und die neuen Steuerprojekte sprach.

— ch. Von der sächsischen Grenze, 4. Octbr. [Belagerungszustand in Leipzig. — Petition um Wiederaufhebung der Civilehe. — Handelskammerwahlen. — Der „Sächsische Volksfreund“ über den Volkswirtschaftsrath.] Das „Leipziger Tageblatt“ erinnert angesichts der in offiziellen Blättern gebrachten Andeutungen über die Absicht der Regierung von Preußen, die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Hamburg und Leipzig beim Bundesrathe zu beantragen, an das Eingeständnis Graf Eulenburgs im Reichstage, daß diese Maßregel schon einmal Gegenstand der Erörterung gewesen sei, und erklärt die Angabe für durchaus nicht unwahrscheinlich, da der Nachweis, daß die Fäden der socialdemokratischen Agitation und Organisation im Zusammenhang mit den jüngsten Beschlüssen der sächsischen Führer leicht Anlaß dazu geben könnte, weil dann die Ausweitung der socialdemokratischen Agitatoren aus Leipzig in die Hand der Behörde gelegt würde. — Der bekannte orthodox-reactionäre Heßsporn Kammerherr von Friesen auf Rötha hat bei der Bonner Diözesan-Conferenz den Antrag eingebracht, bei der sächsischen resp. deutschen Reichsregierung dahin zu wirken, daß die rechtliche Anerkennung der Eheschließung wiederum von der kirchlichen Trauung abhängig gemacht werde, und die Bekundung des Personenstandes gleichfalls wieder nach den früher gültigen Gesetzen und Bestimmungen durch die Kirchenbücher erfolge. Die Ifsee Erschütterung kirchlichen Sinnes und kirchlicher Sitte, die Schädigung des Rechts der Kirche auf Schließung der Ehen, die von der wachsenden Zahl der nicht Getrauten und der Ungetauften der gesammelten christlichen Kirchenordnung drohenden Gefahren, die Heraussetzung des Ansehens der Kirche und ihrer Diener und die Hemmung und Beeinträchtigung des sittlichen Einflusses der letzteren in ihrer Pflichterfüllung gegenüber den Gemeindegliedern werden als Motive angegeben. — Die Handelskammerwahlen haben diesmal fast allgemein unter sehr geringer Teilnahme der Wähler stattgefunden. An vielen Orten hat die Zahl der zur Wahl erschienenen Urwähler die der zu wählenden Wahlmänner kaum überstiegen und ein halbes Dutzend noch nicht erreicht. Diese Gleichgültigkeit ist die natürliche Folge der Mißachtung, welche die Reichsregierung und der Reichstag den Gutachten

vieler Handelskammern gegenüber bewiesen hat. — Der „Sächsische Volksfreund“, das Organ der conservativen Vereine Sachsen und deshalb eine beachtenswerthe Stimme, verurtheilt das Bismarck'sche Project eines permanenten Volkswirtschaftsrathes, in dem er eine Beeinträchtigung der sächsischen Handelskammern und des sächsischen Landeskulturraths erblickt. Er verwirft ihn als Nachahmung einer französischen Institution, die sich auch dort nicht bewährt habe, und als Beeinträchtigung des Ansehens des Reichstags. Dass Fürst Bismarck von dieser Seite her Opposition gegen die Forderung der Schuhzöllner finden würde, hat er wohl kaum erwartet.

Italien.

Rom, 1. October. [Menotti Garibaldi] schreibt an die „Capitale“, um darauf aufmerksam zu machen, daß Garibaldi sein ungünstiges Urtheil über die auswärtige Politik des Ministeriums veröffentlicht habe, ehe er von der Verhaftung Caxios Kenntnis erhielt. Die Abdankung der beiden Herren, schreibt man der „R. Z.“, wäre also nicht bloss aus privatem Anger über den Vorfall von Genua, sondern auch auf allgemeine politische Unzufriedenheit zurückzuführen.

[Pädagogien-Congress.] Hier tagt augenblicklich ein grosser Congress italienischer Pädagogen. Die Leiter desselben versuchten anfangs, im Einverständniß mit der Regierung, religiöse Erörterungen vom Programm fernzuhalten; das gelang aber nicht, der Congress ging im Gegentheil sofort zur Besprechung des Religionsunterrichts in der Schule über und fasste die Resolution, daß die Volkschule ganz bürgerlich und religionslos sein müsse. Dieser Beschluß macht in conservativen und gemäßigten Kreisen viel von sich reden, obgleich er selbstverständlich keine direchten praktischen Folgen haben wird.

Frankreich.

Paris, 3. Oct. [Legitimistisches.] Die royalistischen Blätter fahren fort, über die Kundgebungen zu berichten, die beim Fest des „Roy“ in der Provinz stattfanden. Mit Stolz melden sie, daß man den Behörden in Avignon arg mitgespielt habe. Dort seien weiße Fahnen aufgepflanzt worden, vor der Präfectur 21 Raketen abgefeuert und weiterer derartiger Hohn getrieben. Als Curtosum theile ich Ihnen noch die Adresse mit, welche die Royalisten von Montpellier an den „Roy“ gerichtet haben. Dieselbe lautet:

Gnädiger Herr! Zu Ihren Füßen liegend, slehen wir heute Morgen Gott an, Ihre Tage zu beschützen und uns zu Hilfe zu kommen. Diesen Abend beim brüderlichen Festmahl vereinigt, legen wir zu Ihren Füßen die Huldigung unserer tiefen Liebe, unserer unveränderlichen Ergebenheit und unserer erprobten Treue nieder. Schon seit langer Zeit erwarten wir die Verwirklichung unserer Wünsche, und alles lädt uns hoffen, daß die Stunde nahe ist, wo Gott unter armes Frankreich bemitleiden, einen barmherzigen Blick auf unser theures Land werfen und ihm seinen vielgeliebten König zurückgeben wird. Wie lang auch die Dauer des Kampfes sein wird, wie gross auch die zu überwindenden Hindernisse sein mögen, unser Glauben wird immer so lebhaft sein als unsere Treue, und der Mut wird uns nicht señen. Gnädiger Herr! Unser Herz und unsere Arme gehören Ihnen, kommen Sie!

[Die französische Armee.] Nach der Ansicht aller Sachkundigen, welche den jüngsten französischen Manövren beigewohnt, hat die französische Armee gegen die unmittelbar vorhergehenden Jahre wenig Fortschritte gemacht. Die französische Armee, nur mit sich selbst verglichen, sieht nach der Ansicht mancher Offiziere selbst der kaiserlichen Armee nach. Sie hat selbstverständlich an Qualität und Reichhaltigkeit des Materials gegen das Kaiserreich gewonnen; aber an Zusammenhang und Beweglichkeit steht sie noch in Kinderschuhen. Wo sollte auch der Zusammenhang herkommen? Der beständige Wechsel der Corps-Commandanten, die Berücksichtigung der politischen Färbung bei den Beförderungen, die gänzliche Umgestaltung des Generalsabes und vor allem der Mangel eines allgemein anerkannten Chefs lassen den Gedanken an ein Ganzes noch nicht aufkommen. Der Marquis von Galifet ist allerdings auf dem Wege, diese letztere Stellung zu ersteigen; denn sein persönliches Ansehen beim Heere wächst; doch gelten seine Fähigkeiten als Corps-Commandant lange nicht für so bedeutend, als die eines Reiter-Generals, der er bisher gewesen ist.

Nußland.

S. Petersburg, 1. Oct. [Der organisierte Betrug beim russischen Lieferungswesen.] Das russische Lieferungs-Consortium Gregor, Horowitz und Cohen ist in letzter Zeit so oft in Berichten und Depeschen genannt worden, daß es unsere Leser interessiren dürfte, etwas Näheres darüber zu erfahren. Bekanntlich hat die deutsche General-Intendantur (resp. das General-Proviant-Amt unter dem jetzigen Marineminister von Stosch) im Jahre 1871 bei der Occupation des französischen Gebietes mit vielen Glück den Versuch gemacht, die Armee durch ein Consortium versorgen zu lassen, das für Rechnung der Regierung alle Einkäufe mache, die Originalrechnungen, so wie die Bélege über die richtige Verwendung der Waare einreiche und für seine Mühlbewaltung $\frac{1}{2}$ p.C. Provision erhielt. Auf diesem Wege schloß die Regierung alle Concurrenten aus, die sich die einzelnen Lieferanten bei Einkäufen sonst hätten machen müssen, sie war ferner sicher, daß nur beste Waare beschafft wurde (denn der Lieferant hatte gar kein Interesse, minderwertige zu kaufen) und schuf endlich so trefflich organisierte Verpflegungs-Einrichtungen, daß nicht nur bei den Truppen die größte Zufriedenheit herrschte, sondern auch von den französischen Alimentationsabteilern jene Millionen gespart wurden, welche später einmal Herrn Eugen Richter Veranlassung zu einer Interpellation im Reichstage gaben. Die ganze für eine Occupations-Armee zweifellos bewährte Einrichtung hat die russische Regierung auf eine operirende Armee zu verpflegen gefucht und bat dabei jämmerlich Jiasco gemacht. Der Chef der activen Armee, der Großfürst Constantine, übergab (man nannte allzeit die Summe von 5 Millionen Francs, die als Trinkgelder für diesen Contract zu zahlen waren) dem oben genannten Consortium die Verpflegung der activen Armee mit einer Provision von 10 p.C., aber nur für die wirklich abgelieferten Quantitäten. Hätten nun die großen Lieferanten ehrliches Personal, zuverlässiges Fuhrwesen und gewissenhafte Militärbeamte um sich gehabt, so war für die Dauer des Feldzugs bei den großen Bedürfnissen der Armee ein Nutzen von wenigstens 1 Million Rubel pro Woche sicher; statt dessen stahlen die eigenen Leute, unterschlugen die Fuhrleute, beseitigten die Beamten so ungeheure Quantitäten, daß wohl nie mehr als die Hälfte der ursprünglich gekauften Waare zur Ablieferung kam; daß dadurch trotz der auf diese Hälfte fallenden 5 p.C. Provision der Verlust sehr gross wurde, läßt sich denken. Die Verringerung der Quantitäten erfolgte ungefähr in der Weise, daß wenn das Central-Bureau 1000蒲 einer Waare geliefert hatte, der Unterlieferant dem Commiss der Unternehmung nur 800蒲 ablieferete und den Betrag der fehlenden 200蒲 mit ihm theilte; die Fuhrleute, die oft viele Tage lang auf kurzen Strecken mit der Waare unterwegs lagen, versüßterten und verlausten im Verein mit ihrem Aufseher wieder 200蒲 und endlich übernahm der russische Beamte am Ausladungsorte die ganze Sendung nur für 500蒲; er hatte stets einen Freund bei der Hand, der ihm die eroberten 100蒲 wieder für die Hälfte des Wertes abkaufte. Ost waren diese Manipulationen noch viel complicierter; je mehr Leute sich mit der Waare zu schaffen machten, desto weniger kam am Bestimmungsorte an. Da nun bei einer operirenden Armee ein eigentlicher Bestimmungsort nicht existiren kann, und da die Disposition über die Verpflegung nicht wie in Deutschland von einer centralistischen Behörde aus, sondern von den Truppen-Commandeuren bewirkt wird, die wiederum während der Operationen für die Proviant-Colonnen unerreichbar waren, littern die Truppen sehr oft bittere Not, während die Vorräte an irgend einem unbeflügelten Punkte umkamen. Das Verpflegungs-Consortium geriet in enorme Verluste; die Beamten ließen ihm weg, sobald sie 15—20,000 Frs. ergaunert hatten und dazu gehörten oft nur 14 Tage; nach dieser Zeit fürchtete der „junge Mann“ entweder die Entdeckung, oder er wollte seinen Raum in Sicherheit bringen, oder er hielt das ererbte Capital für ausreichend, um damit an einer entlegenen Station selbst Unterlieferant des Consortiums zu werden. Bei diesem fortwährenden Wechsel des Personals mußte natürlich die Buchführung und die rechtzeitige Liquidierung der wirklich abgelieferten Quantitäten ins Stocken kommen;

dadurch entstanden wieder Gelegenheiten, die dazu führten, daß das Consortium die Waaren auf Credit und zu höherem Preise kaufen mußte. Das letztere lag allerdings im Interesse der Lieferanten, denn die Provision erhöhte sich ja mit den Preisen, aber damit allein war weder der erlittene enorme Verlust zu ersparen, noch künftigen Verlusten vorzubeugen. An eine durchgreifende Verbesserung des Personals war nicht zu denken, denn keiner, der sich dem Consortium zur Hilfeleistung anbot, that dies des Gehalts wegen; jeder wollte dabei Vermögen machen; russische und rumänische junge Leute segten um die Weite alle ihre Intelligenz ein, wie man am besten und schnellsten zu Geld käme, ohne gerade mit den sibirischen Bergwerken zu nahe Bekanntschaften zu machen. Dem Consortium blieb daher nur ein Weg, die Verluste zu decken und Nutzen zu erzielen: die künstliche Verhinderung der Einkaufspreise. Die Lieferanten ließen Alles, was sie an Verwandten und zuverlässigen Freunden in Russland hatten, nachkommen, und diese kauften von einander so lange mit Nutzen, daß der Preis, den schließlich das Consortium zahlte, 40 bis 80 p.C. über dem Tagespreise stand. Hunderte von Polen und Russen traten als Zwischenhändler auf, die weder die Waare je gesehen, noch Geld hatten, sie zu bezahlen; sie schrieben nur immer Rechnungen, eine höher als die andere, und sie verdienten viel Geld daran, daß sie in den vom Consortium statt Baargeldung ausgegebenen Bons, die in Odessa, Kiew, Kislowen, Tscha, Galatz, Bulea etc. einen vollkommenen Börsencours erhielten, Geschäfte machten. Wenn das Consortium Geldanweisungen von der Regierung erhielt, so stiegen die Bons, da die eingeweihten kaufsten, war aber lange keine Zahlung eingegangen, oder waren, wie dies an der Börse häufig kommt, Gerüchte über Schwierigkeiten, in denen sich das Consortium befinden sollte, in Umlauf gesetzt, so fielen die Bons, da sich immer Leute fanden, die auch bei einem Verkaufe bei 70 p.C. noch immer Nutzen hatten, bis endlich die Katastrophe eintrat und die Bons gar nicht mehr eingelöst wurden. Die Regierung scheint die Manipulationen, die allen Welt klar lagen, endlich auch durchschaut zu haben. Die Beamten öffneten die durch eine gültige Hand zugebrückten Augen, und eine Untersuchung wurde eröffnet, die zur Entfaltung der Regierungszahlungen führte. Darauf hin erklärte das Consortium, daß es selbst nicht mehr zahlen könne, und das Buleaerster Handelsgericht eröffnete den Concurs, verbängte auch über den gerade in Bulea anwesenden Theilnehmer Kohan den Hausarrest, der erst wieder aufgehoben wurde, als vor den Verwandten Mittel zur Befriedigung der schlimmsten Schreie geschafft waren. Die Untersuchung schwelt jetzt nach etwa 2 Jahren noch, würde die Summe nicht gar so gross sein und das Aufsehen, das die Sache bereits gemacht hat, die einzelnen Phasen des Verfahrens nicht als öffentliche Angelegenheiten ansehen lassen, so würde die Untersuchung wahrscheinlich dasselbe Resultat gebracht haben, wie andere in der russischen Verwaltung: maklose Bereicherung der Untersuchungscommissionen und Decourirung des Lieferanten.

die übermäßige Höhe vorher. Var. war hoch 750,2 Min. Mar. den 29ten 758,4 bei NW. Minim. den 16. 738,5 (Norm des Monats 747,84). Temperatur im Monatsmittel +14,7, Mittag 18,9, Abends 14,2, Morgens 11,1 (Norm 13,73), Dunstdruck 9,2 Min. Dunstättigung 75 p.C. Die Niederschläge werden zwar kaum die Norm von ca. 50 Min. erreicht haben, aber da sie fast ausschließlich in den letzten %, also im grösseren Abschnitt eintreten, der Regen meist dünn und sprühend, doch in dieser Weise anhaltend oder oft wiederkehrend war, so ist der September als ein regnerischer zu bezeichnen.

Gestorben sind im September ca. 600 Personen, ca. 40—50 weniger als im September 1879, der bei einem etwas niedrigeren Barometerstand und einem wenig höheren Temperatur als der diesjährige, doch auch noch einen einem guten Gesundheitszustand hatte. 600 Todesfälle des eben verfloßenen September sind 200 weniger als im August vorher, und 400 weniger als im Juli. Von den Verstorbenen waren 328 m, 272 w. Im ersten Lebensjahr befanden sich 222 und von 1—10 J. 95, also ca. die Hälfte aller Todesfälle auf die Kinder bis 10 J. Im August und Juli war das Verhältnis der Todesziffer der Kinder zu den der Erwachsenen für die ersten viel ungünstiger, stieg fast bis zwei Dritteln der Gesamtsterblichkeit. Im September haben die Erwachsenen wieder ein relatives Übergewicht erlangt; von 60 Jahren und darüber sind 76 gest., während im August c. ebenso viel, im Juli einige weniger dieses Alters gestorben sind. An Aheberg 52, gegen einige 60 und 80 in den beiden vorhergehenden Monaten, an Darmstadt ca. 70, gegen 120 und 160 vorher, an Breitbach 30, gegen 86 und resp. 108, an Krämpfen 52, gegen 70 und 100, an Kron. Lungenleiden incl. Schwindsucht 90 gegen 100 und 114. An Altersschwäche 23, davon 18 w., eine Person noch in den 50er Jahren und 1 m. 91. An Krebsleiden und Geschwülsten 15, fast alle über 40 Jahre hinaus; an Wasserrucht 8, im Wochenbett 1, an Typhus 19, um 10—11 mehr als gewöhnlich, fast alle Abdominaltyphus (Typhoid), bei Weitem die meisten in jüngeren Jahren, wie gewöhnlich; nach der allgem. gewöhnlichen Mortalität an dieser Krankheit müssen wenigstens 200—250 Krante dieser Art im September in Breslau vorhanden gewesen sein, wahrscheinlich von besonderen Local- und Socialbedingungen als Hauptepidemien ausgehend; an acutem Gelenkrheumatismus 1 w., 19 J.; an Scrofulen 3, an Brüne 7, meist diphtheritisch; an Keuchhusten 5, an Lufttröhrentart und Entzündung 12, alles Kinder mit Ausnahme 1 w., 80 Jahr; an Lungenerkrankung 24, zwei Drittel m., 15 Erwachsene; an Lungenschwäche 17, 7 m., 9 von 17 tödlich gest., Herzschlag, Herzklappenschwäche; an Blutung resp. der Lungen 2; an Unterleibsentründung incl. 3 Fälle von Darmverstopfung 14, davon 10 w., an Kron. Unterleibsleiden 4, außer diesen 8 an Leber- und Milzleiden, dabei ein neugeb. Kind an Gelbfieber, an Ruhr 1 w., 45 J., an Nieren- und Blasenkrankheiten 13, Schrumpfung, Eiterung, brightliche Entartung und Utracie i. e. Blutvergiftung durch Urinströmungen, an Gehirnentzündung 30, 15 w., 9 Erwachsene, an Kron. Gehirnkrankheiten 12, eben so viel an Schlagfluss und 1 w. an Rückenmarksleiden, an Säuferwahn 3, dabei 1 Nählerin, 30 Jahr, an Alcoholismus, an Klo. inkl. Bellengebiss 7, dabei 4 Erwachsene, an Malaria ein Kind, Diphtheritis war dabei; an Scharlach, von dem in 3—4 Monaten kein Todesfall, vielleicht nicht einmal ein Erkrankungsfall vorgekommen, im August aber 1 gest., und im September 8 gest., an ak. Hautausschlägen und Geschwüren 2, an Knochen- und Gelenkkrankheiten 5, Haut und Knochen, sowie Gelenkkrankheiten kommen in Breslau ungemein häufig vor, und wenn sie auch nicht immer direkt zum Tode führen, machen sie doch viele Menschen zu Invaliden und Krüppeln, durch Selbstmord 12, dabei 2 w., meist erhangt oder ertrankt, 1 w. mit Carbolsäure vergiftet. Verunglückt auch 12, dabei auch 2 w. ertrunken oder durch Sturz, Fall, Überfahren. Ohne Krankheitsname 5 und 5—6 vermißt.

Geboren wurden im September ca. 200 mehr als gestorben sind, die erste Woche mit einem geringen Überschuss von 8, die letzte mit einem hohen von 100. Todtgeboren 8 die Woche und wie gewöhnlich mehr männlich als weiblich. Chen die Woche einige 30; nächst dem Juni waren das die geringsten Zahlen, während das Maximum mit einigen 60 Chen auf die letzten Wochen des April und die ersten des Mai fällt.

Im Verhältnis zu anderen Städten hat sich die Sterblichkeit in Breslau im September im Allgemeinen günstig gezeigt; in der letzten Woche so günstig, wie man es hier nur für immer wünschen kann, 23—24 : 1000 pro Jahr, im ganzen Monat durchschnittlich 27—28. 1879 hatte der September eine Mort.-Rate von 28,98 : 1000 pro Jahr. Fast überall, namentlich in den deutschen Städten war die Sterblichkeit gegen die beiden früheren Monate zurückgegangen, und Breslau, das darin meist auf der schlechteren Hälfte unter den 50 grössten Städten, welche die Statistik des Gesundheits-Amtes in Berlin aufgenommen, steht, rückte in der letzten Hälfte des September nach der besten Seite; Posen war in einer Woche etwas besser, in den drei übrigen ungünstiger gegen die Summe der Sterblichkeit der 15 kleineren Städte des Oder- und Warthe-Gebietes sowie gegen die grösseren deutschen Städte, in Summa hatte Breslau im Monat durchschnittlich 1 Todesfall auf 1000 Einwohner weniger, etwa 28,5 : 29,5. Schlimmer als Breslau waren fast den ganzen September hindurch Berlin, Königsberg, Köln, Stettin, Prag, Pest, unter den auswärtigen Petersburg, Odessa mit 57, 44, 38, Madrid, Dublin, Malaga, günstiger Wien, Paris, London, Stuttgart, Frankfurt a. M., Coburg, Gera und einige amer. Städte; auch Mex. muß eine gefundene Stadt sein.

Breitbuchs, Darmstatarche, Diphtherie, Scharlach, Masern und Typhus waren nächst den Respirationskrankheiten, an den meisten Orten die vorwaltenden Krankheiten. Einige Erkrankungen an Boden ereigneten sich in Görlitz, doch mäßig; auch in Wien, Prag, Madrid, Newyork; Masern waren noch in Antonienhütte. Scharlach war in Beuthen, Berlin, Hamburg; in Braunschweig und einigen anderen Ortschaften des Gubrauer Kreises war Ende September Diphtheritis epidemisch, mehrere Kinder daran gestorben; in der Rheingegend Neuendorf, Wallersheim Scharlach und Diphtheritis, auch mehrere Fälle in Stockholm, und mehr noch in Lüben. Typhus in Gießen, Ende August stand die Epidemie auf 370 Fälle und 24 Tode, in Goldapp und in einigen nahen Dörfern Typhus und Pocken. Typhus in Dublin und Petersburg hier, auch noch exanthem, und in Schneeburg in Sachsen; hier und da fanden auch einzelne Krankheiten der Todesfälle an Ruhr und an Cholera nostras vor. Erwähnenswert, weil mit den Epidemien der Menschen und besonders mit einer Typhus beginnenden Witterung oft im Zusammenhang, ist noch, daß im September Rostransit bei den Pferden auch hier in Schlesien öfter vorgekommen zu sein scheint als sonst, und daß die Zahl toller Hunde an mehreren Orten, besonders in Berlin, aufsässig sich vermehrt hat; jede dieser beiden Krankheiten auf den Menschen bekanntlich leicht übertragbar und höchst lebensgefährlich.

Durch grössere und geringere Unglücksfälle haben im September viele Menschen ihr Leben verloren. Bei einer Feuersbrunst auf dem schwedischen Dampfer „Snedewal“ 5 Personen verbrannten. Bei dem Zusammentreffen der Pontonbrücke über den Ebro bei Logronio 100 Männer und 13 Offiziere ertranken. Das Schiff „Bera Cruz“ von Havannah nach Newyork mit 29 Passagieren und 50 Mann Besatzung gesunken; in den Kohlengruben zu Seaham sind von 200 Mann, die unten waren, durch Gasexplosion 140 umgekommen, ca. 60 gerettet. 1862 sind in derselben Grube 200 aus gleicher Veranlassung verunglückt. In Maria Egg, Argow, eine Mutter mit 5 Kindern verbrannte. Ein Eisenbahn-Zusammenstoß in Baurhall, London, bei 5 Personen getötet; in der Schamrocke bei Essex 20 Bergleute bei einem Flößbrand umgekommen. Im Rynetal, Bengal, Himalaya-Berge, 6450 Fuß hoch, trat ein Erdrutsch, gleichzeitig mit einem Bergsturz und Lebenschwemmung plötzlich ein bei starlem Regenguss bestigem Sturm und Verfinsternis des Himmels; das Sanatorium für Adoleszenten und Hotel für beurlaubte Offiziere waren im Nu von Schutt, Steinmassen und Schlamm so verschüttet, daß nur einige fortgerissene Baumstämme den Ort, wo das Gebäude gestanden, erkennbar machen; 11 englische Offiziere, 15 Soldaten, 2 Engländerinnen und 50 Einheimische wurden unter den Trümmern begraben. Von den kleineren Unglücksfällen will ich nur noch anführen, daß in Minden ein Ingenieur-Hauptmann bei Sprengversuchen mit in die Luft geslogen, daß in Sagan bei einer Feuersbrunst 3 Kinder mit verbrannten, daß sich in Herzogswaldau ein Hirtenjunge von 15 Jahren aus geringfügiger Veranlassung erhangt und in Posen ein Secundaner von 17 Jahren wegen eines ungenügenden Zeugnisses erschossen hat.

* [Aus dem Kindergarten-Verein.] Ende September wurden vierzehn Böblinge des Ober-Curios im Seminar zur Ausbildung von Kindergartenern hierfür nach eingehender Prüfung von dem Vorstand des Kindergarten-Vereins durch dessen Vorständen, Kanonikus Dr. Küntze, entlassen und traten Anfangs October ihre respektiven Stellungen als Erzieherinnen, theils in Breslau und in der Provinz, theils außerhalb in Polen, Berlin, Warschau, Österreich u. s. w. an. Der Vorstand wurde durch die Anwesenheit einer Deputation der Stadtverordneten-Versammlung bei der Prüfung, der Herren Schäfer und Weinhold, erreut. Dieselben nahmen nicht nur an der praktischen und theoretischen Prüfung den lebhaftesten Anteil und sprachen sich über die Leistungen der Examinienden,

Berliner Börse vom 5. October 1880.

Fonds- und Geld-Coursus.

	Wechsel-Coursus.			
Deutsche Reichs-Anl. 4	106,20 bz			
Consolidierte Anleihe	105,50 bz			
do. do. 1876	106,25 bz			
Staats-Anleihe	89,50 bz			
Präm.-Anleihe v. 1855	88,00 bz			
Berliner Stadt-Oblig.	104,00 etw			
do. Pommersche	105,50 bz			
do. do. 1876	102,60 bz			
Kurb. 40 Thaler-Loose	281,00 bz			
Badische 35 Fl.-Loose	17,32 bz			
Braunsch. Präm.-Anleihe	27,90 bz			
Oldenburger Loose 153,30 bz				

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

	Divid. pro	1878	1879	
Aachen-Mästricht	1/4	3/4	4	32,10 bzB
Berg-Märkische	4	4	117,65 bz	
Berlin-Anhalt	5	5	121,60 bz	
Berlin-Dresden	0	0	22,35 bzG	
Berlin-Görlitz	0	0	21,25 bz	
Berlin-Hamburg	1/2	1/2	4	235,00 bzG
Berl.-Potsd.-Magdeburg	3/4	3/4	5	99,40 bz
Berlin-Stettin	3/4	3/4	5	114,75 bz
Böhni-Westbahn	5/8	5/8	4	99,75 bz
Bresl.-Freib.	3/4	3/4	4	108,20 bz
Cöln-Minden	5/8	5/8	4	147,50 bz
Dux-Bodenbach	0	0	81,00 bzG	
Gal.-Carl-Ludw.-B.	3/4	3/4	4	118,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	22,75 bz
Kaschau-Oderberg	4	4	55,50 bz	
Kronpr. Rudolfsb.	5	5	5	61,83 bz
Ludwigsb.-Borb.	2	2	4	220,40 bz
Märk.-Posener	0	0	4	28,45 bz
Magdeh.-Halberst.	6	6	4	147,50 bz
Mains-Ludwigsb.	4	4	5	99,00 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	99,50 bz
Oberschl.-A.C.D.E.	3/4	3/4	3	22,25 bz
da. B.	3/4	3/4	2	106,75 bz
Oester.-Fr. St.-B.	6	6	4	481,00-500,00
Oest. Nordwestb.	4	4	5	30,25 bz
Oest.-Städ.(Lomb.)	0	0	4	142,50-142,50
Ostpreuss. Süd.	0	0	4	64,40 bz
Bechte.-O.-U.-B.	7	7	4	114,90 bz
Bethen.-Berg.-Par.	4	4	4	69,50 bz
Rheinische	7	7	4	168,95 bz
do. Lit. B.(40% gar)	4	4	4	95,00 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	20,75 bz
Eumann-Eisenbahn	2	2	4	52,50 bz
Schweiz-Westbahn	0	0	4	22,30 bz
Stargard.-Posener	4/2	4/2	4	162,00 bz
Thüringer. Lit. A.	8	8	4	176,90 bzB
Warschauer. 2,75	2,75	2	4	200,60 bz
Weimar-Gera	4/2	4/2	4	51,60 bz

Ausländische Fonds.

West. Silber-R. (1./2.-10%)	62,20 bz
do. (1./4.-10%)	62,45 bz
Goldrente	75,40 bzB
do. Papierrente	61,50 bz
do. Präm.-Anl.	112,15 bz
do. Lot.-Anl. v. 60	121,60 bzG
Credit-Loose	fr.
do. 64er Loose	36,50 bz
Bass. Präm. Anl. v. 64	144,00 bzB
do. do. 140,00	141,90 bz
do. Orient.-ul.v. 77	59,50 bz
do. II. do. v. 1878	58,80 bzB
do. III. do. v. 1879	68,20 bz
do. Anleihe 1877	91,90 ecobz
do. do. 1886	71,00-71,10bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	81,75 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdbr.	78,75 bz
Zoss. Poln.-Schätz.-Obl.	83,00 bz
Fola. Pfndbr. III. Em.	64,00 bz
Fola. Liquid.-Pfdbr.	65,25 bz
do. do. 50,00	60,10-60,70 bz
Amerik. rückz. p. 1881	
do. 50,00 Anleihe	160,50 G
Ital. 50,00 Anleihe	52,65 bz
Zaah-Graser 100 Thlr. L	57,00 bzB
Rumänische Anleihe	81,00 G
Rumän. Staats-Obligation	80,25 bz
türkische Anleihe	5,90 bz
Ungar. Goldrente	92,50 bzB
do. Loose (M.p.B.)	21,75 G
Ung. 50% St.-Eisen.-Anl. v. 68	85,00 etwB
Spanische 10 Thlr.-Loose	49,00 bz
Hörken-Loose 24,00 G	

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktien.

Berlin-Dresden	0	0	3	57,20 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	3	81,00 bzB
Bresl.-Warchas.	0	0	3	40,00 bzB
Halle-Sorau-Gub.	0	0	3	96,10 bzG
Kohlfurt.-Falkensee	0	0	3	50,25 bzG
Märkisch.-Posener	3	3	5	132,40 bz
Magdeb.-Halberst.	4/2	4/2	3	83,25 bz
do. Lit. C.	5	5	5	122,50 bz
Marienburg-Müllrose	5	5	5	88,75 bz
Oppeln.-Siles.-Bank	5	5	5	95,75 bz
Ostpreuss. Süd.	0	0	4	166,50 bz
Oppeln.-Cred.-Bank	5	5	5	109,75 G
Oppeln.-Creditbank	5	5	5	149,50 bzG
Darmst.-Zettelk.	5	5	5	105,75 G
Dessau.-Landesb.	5/2	5/2	4	117,60 B
Deutsche Bank	5/2	5/2	4	144,80 bz
do. Reichsbank	6	6	4	147,80 bzG
do. Hyp.-B.-B.	5/2	5/2	4	92,00 bz
Disse.-Comm.-Anth.	6/2	6/2	4	177,20 bzG
do. do. alt.	5/2	5/2	4	177,00-17,75 bz
Genossens.-Bank	5/2	5/2	4	116,50 B
do. Junge	5/2	5/2	4	111,00 G
Goth.-Grunderb.	5	5	4	81,00 G
do. junge	5	5	4	92,40 bz
Hamb.-Vereins	7/2	7/2	4	—
Hannov. Bank	5/2	5/2	4	133,00 bzB
Königsl.-Ver.-Bank	5	5	4	164,50 B
Ludw.-B. Kiewitsch	4/2	4/2	4	71,75 G
Luxemburg. Bank	7/2	7/2	4	137,75 bzB
Magdeburgs. do.	5/2	5/2	4	112,00 bz
Meiningen. do.	2/1	2/1	4	95,00 G
Nordd. Bank	5/2	5/2	4	166,50 G
Nordd. Grunder.-B.	0	0	4	66,75 G
Oberlausitzer Bk.	4	4	4	85,00 G
Oest. Cred.-Action	5/2	5/2	4	489,50-489,50
Poener Pro.-Bank	5/2	5/2	4	114,00 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	5	5	4	91,85 G
Pr. Cent.-Bod.-Ord.	5/2	5/2	4	129,50 G
Sachs. Bank	5/2	5/2	4	118,50 B
Schl. Bank.-Verein	5	5	4	105,25 G
Wiener Unionsbank	5	5	4	189,25 G

In Liquidation.

<table border="1